

1. Welche dringendsten wohnungspolitischen Entscheidungen gehören Ihrer Meinung nach auf die Agenda der Landeshauptstadt Dresden?

*27 Prozent der Dresdner Bevölkerung ist über 60 Jahre alt – Tendenz steigend. Dresden ist zugleich Geburtenhauptstadt Deutschlands. Diese demografische Entwicklung – **wir werden mehr, wir werden älter, wir werden vielfältiger** – muss bei jeder Planungs- und Investitionsentscheidung insbesondere auf dem Wohnungsmarkt berücksichtigt werden.*

Bündnis Freie Bürger werden sich einsetzen für:

- die Landeshauptstadt muss sich beim Grundrecht Wohnen mehr und deutlicher als bisher positionieren und nach Wegen suchen, **bezahlbaren Wohnraum für die Bürger zu ermöglichen**
- der große **Bedarf an barrierefreiem Wohnraum muss abgedeckt werden**

2. Welchen Beitrag kann Ihrer Meinung nach die Landeshauptstadt Dresden leisten, um einen ausreichenden Bestand an bezahlbaren Wohnungen zu erhalten?

Dresden hat mit dem Verkauf der WOBA die Schuldenfreiheit erworben, aber auch eigene Steuerungsmöglichkeiten für den Erhalt bezahlbaren Wohnraums aus der Hand gegeben. Dennoch gibt es Möglichkeiten, um in Zukunft preisgünstige Wohnungen anbieten zu können.

Bündnis Freie Bürger werden sich einsetzen für:

- zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus muss die Stadt im Rahmen der vorhandenen Flächen Bauland vorhalten
- dieses **Bauland wird bevorzugt an Bewerbern vergeben, die sozialen Wohnungsbau anbieten**
- beim Neubau von Mietwohnraum sollte ein fester Anteil bezahlbarer Wohnungen sichergestellt werden
- das geringe kommunale Wohneigentum (STESAD) ist zu erhalten und langfristig auszubauen

3. Wie kann der wachsende Bedarf an alten- und behindertengerechten Wohnungen, die sich betroffene Bürger auch leisten können, sichergestellt werden?

In Dresden werden derzeit nur ca. 10 Prozent des Bedarfs an barrierefreiem Wohnraum gedeckt. („Alten- und behindertengerechtes Wohnen in Dresden“ Abschlussbericht 2010, Leibniz-Institut). Klar ist aber auch: die Erfüllung der gesetzlichen DIN-Normen ist meist nur bei kompletten Neubauten möglich und verursacht erheblich höhere Baukosten. Es muss unterschieden werden zwischen behindertengerecht (DIN) und barrierefrei.

Bündnis Freie Bürger werden sich einsetzen für:

- für behindertengerechte Wohnungen müssen die vorhanden Fördermöglichkeiten von Bund und Land in Dresden umgesetzt werden
- bei barrierefreiem Bauen für mobilitätseingeschränkte Menschen gelten die gleichen Maßnahmen wie für den sozialen Wohnungsbau
- für generationengerechtes Wohnen ist nicht nur die Wohnung an sich, sondern auch das soziale Umfeld (die „Gemeinschaft“) wichtig – deshalb sollte die Stadtteilsozialarbeit gefördert werden

Bündnis Freie Bürger e.V.

c/o Manfred Evens (Vorsitzender)

Seestr. 16

01067 Dresden

Tel. 0351-4960937

info@bündnis-freie-bürger.de